

Datum: 26.11.2025

Autor: -

Nidwaldner Landrat kürzt Lohnerhöhung für Staatsangestellte



26. November 2025, 11:04 Uhr

Die Nidwaldner Finanzdirektorin Michèle Blöchliger (SVP) äussert sich heute im Landrat zum kantonalen Budget 2026. (Archivaufnahme)

© KEYSTONE/URS FLUEELER

Der Nidwaldner Landrat hat am Mittwochmittag die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lohnerhöhung für Staatsangestellte gekürzt. Statt 1,4 Prozent der Lohnsumme werden noch 0,8 Prozent zur Verfügung stehen.

Den Antrag darauf stellte die Finanzkommission (Fiko). Die 0,8 Prozent würden die bereits beschlossenen, zusätzlichen Leistungen für das Personal per 2026 berücksichtigen. Dazu gehört etwa eine Erhöhung des Ferienanspruchs von vier auf fünf Wochen oder die Finanzierung des Halbtax-Abos.

In der Abstimmung obsiegte der Antrag knapp über den Vorschlag der Regierung. 29 folgten der Fiko,

27 unterstützten die Regierung.

Die Mitte hatte einen Antrag auf eine Lohnerhöhung von 1,2 Prozent gestellt, der einen «Kompromiss» darstellen sollte. Der Landrat gab in der Gegenüberstellung dem Fiko-Vorschlag den Vorzug.

Wertschätzung und «Goodies»

In der Debatte diskutierten die Parlamentsmitglieder emotional über Wertschätzung oder Gering-schätzung der Verwaltungsmitarbeitenden. «Die Mitarbeitenden sind nicht einfach eine Kostenstelle, sondern das Rückgrat des Kantons», sagte Mario Röthlisberger (Mitte). «0,8 Prozent Lohnerhöhung sendet ein falsches Signal.»

Hingegen war Roland Käslin (FDP) der Meinung, die «guten Leistungen» der Verwaltung würden auch mit dem Antrag der Fiko honoriert. Er appellierte wie andere Votanten daran, die Lohnerhöhung sei im Gesamtpaket mit der «grosszügigen Leistungserweiterung» anzusehen. Toni Niederberger (SVP) sprach diesbezüglich von «Goodies» und meinte, eine Lohnerhöhung um 0.8 Prozent liege im Bereich vieler Branchen der Privatwirtschaft.

Finanzdirektorin Michèle Blöchliger (SVP) wollte den Vergleich ihres Parteikollegen nicht gelten lassen. Die Leistungen der Verwaltung würden sich nicht an Nachfrage und Angebot orientieren, sondern dienen der Sicherstellung der Grundversorgung. Sie wies darauf hin, die umliegenden Kantone

würden auch «nicht schlafen» und wollten auch als attraktive Arbeitgeber gelten. Das Ziel der Regierung sei, das tiefere Nidwaldner Lohnniveau an den Zentralschweizer Durchschnitt anzupassen.

Wettbewerbsfähigkeit im Fokus

Diese Strategie des Regierungsrats unterstützte Benno Zurfluh namens der Grünen-SP-Fraktion. Mit der Lohnrunde könne Nidwalden einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten. In den Ämtern käme es vermehrt zu Abwanderungen, die Personalengpässe hätten gravierende Folgen.

Baudirektorin Therese Rotzer (Mitte) bestätigte dies und nannte Beispiele von Kündigungen dreier Projektleiter aus ihrer Direktion. Sie höre im Landrat oft ein «Gejammer» über den Investitionsstau. Dieser

werde verstärkt, wenn sich das passende Personal aufgrund der Arbeitsbedingungen nicht finden lasse.

Bildungsdirektor Res Schmid (SVP) sprach von «Rekrutierungsproblemen» beim Lehrpersonal, Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschgi (Mitte) sagte, jede Rekrutierung koste 100'000 Franken.

Angesichts des positiven Voranschlags 2026, der einen Gewinn von 2,6 Millionen vorsieht, sei das Geld in der Lohnrunde gut angelegt, sagte Michèle Blöchlinger.

Letztlich drang der Regierungsrat mit seinen Argumenten nicht und wie bereits im Vorjahr verringerte der Landrat die Lohnrunde.

[Link öffnen](#)



Buzz Gesamt: 2 Reach gesamt: 419'070 Visits gesamt: 12'572'130 AÄW gesamt: 16'800 CHF

[Radio Central](#) | [nau.ch](#) / [Nau](#)